

Genehmigt 19. September 2002

Protokoll Nr. 35

Sitzung von Donnerstag, 27. Juni 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

1. Vizepräsident Beat Schori

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard

Michael Aebersold

Raymond Anliker

Thomas Balmer

Oskar Balsiger

Christof Berger

Dieter Beyeler

Margrith Beyeler

Peter Blaser

Markus Blatter

Jsabelle Blunschy

Christine Bosshardt

Peter Bühler

Michael Burri

Walter Christen

Marie-Louise Durrer

Rudolf Friedli

Verena Furrer-Lehmann

Hans Ulrich Gränicher

Guglielmo Grossi

Rolf Häberli

Ueli Haudenschild

Kurt Hirsbrunner

Stephan Hügli

Natalie Imboden

Urs Jaberg

Daniele Jenni

Michael Jordi

German Kalbermatten

Esther Kälin Plézer

Rudolf Keller

Markus Kiener

Margareta Klein-Meyer

Blaise Kropf

Andreas Krummen

Peter Künzler

Annemarie Lehmann

Liselotte Lüscher

Markus Lüthi

Anton Maillard

Corinne Mathieu

Christian Michel

Erik Mozsa

Barbara Mühlheim

Christoph Müller

Philippe Müller

Rosmarie Okle Zimmermann

Ruth Rauch

Ursula Rudin-Vonwil

Erich Ryter

Doris Schneider

Rolf Schuler

Miriam Schwarz

Rudolph Schweizer

Peter Sigerist

Sylvia Spring Hunziker

Ernst Stauffer

Michael Straub

Barbara Streit-Stettler

Ueli Stückelberger

Béatrice Stucki

Margrit Stucki-Mäder

Hans-Ulrich Suter

Katharina Suter

Max Suter

Margrit Thomet

Catherine Weber

Thomas Weil

Andreas Zysset

Entschuldigt:

Peter Bernasconi

Thomas Fuchs

Daniel Kast

Mario Marti

Lydia Riesen

Heinz Rub

Sabine Schärner

Kurt W. Weyermann

Beat Zobrist

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert

Therese Frösch

Adrian Guggisberg

Edith Olibet

Alexander Tschäppät

Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Irène Maeder van Stuijvenberg

Stéphanie von Erlach

Mitteilung der Ratspräsidentin

Um 19.00 Uhr werden in der Rathaushalle 250–300 Schulkinder singen. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit zwischen den Stadtberner Schulklassen und dem Konservatorium. Es ist der erste öffentliche Auftritt dieser Kinder. Die Ratsmitglieder sind eingeladen, zu Beginn der Nachtessenspause diesen Kindern zuzuhören.

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

4 Gemeinderechnung 2001

Für die FIKO spricht deren Präsidentin *Rosmarie Okle Zimmermann* (SP). Ein Bericht zur Gemeinderechnung kann keine flammende 1. August-Rede sein. Trotzdem bitte ich den Rat um Aufmerksamkeit. Es ist bereits seit anfangs März bekannt, dass die Gemeinderechnung 2001 ausgeglichen abschliesst, und zwar mit einem Aufwand und einem Ertrag von je Fr. 1 116 575 618.01 Franken. Dies, nachdem 68,6 Mio Franken zusätzlich abgeschrieben werden konnten. Damit konnte einerseits der neurechtliche Bilanzfehlbetrag von 44 Mio aus dem Jahr 1999 bereits vollständig getilgt werden – und nicht erst bis im Jahr 2007, wie vom Kanton verlangt. Weiter konnten 24,1 Mio altrechtliche Bilanzfehlbeträge abgeschrieben werden, und dies zusätzlich zu den budgetierten 12,8 Mio Franken. Nach den alt- und neurechtlichen Abschreibungen im Jahr 2001 von insgesamt 81,4 Mio Franken, beträgt die Summe der aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge noch 267,1 Mio. Das sind immerhin 23% weniger als vor einem Jahr. Ein erfreuliches Ergebnis, ein ungewohntes Ergebnis. Die Referentin erinnert an einen „Bund“-Kommentar, wonach man sich jetzt *ruhig über den vergleichsweise glänzenden Rechnungsabschluss freuen könne*. Dies geht auch an die Adresse des Gemeinderats und der Verwaltung. - Hätte sich Rosmarie Okle Zimmermann rechnungskonform anziehen wollen, hätte sie ein knallgrünes Kleid anziehen müssen. - Inzwischen ist man längst wieder zur Tagesordnung über gegangen. Wir wissen alle, dass wir trotz dieses ausgezeichneten Rechnungsergebnisses nicht in Euphorie ausbrechen können, denn die längerfristigen Finanzprobleme sind noch lange nicht vom Tisch. Das strukturelle Defizit der Stadt ist nach wie vor gross. Der gute Abschluss verhilft jedoch dem Gemeinderat und der Politik zum nötigen Atem, um ein 10. Massnahmenpaket seriös schnüren zu können.

Was führte eigentlich zu diesem unerwarteten Überschuss von rund 68 Mio Franken? Es sind zwei Hauptgründe auszumachen. Erstens sind die Steuereinnahmen um 43 Mio besser ausgefallen als budgetiert, vor allem bei den juristischen Personen. Zweitens sind für den Kantonsbeitrag Lastenrechnung der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion rund 18,6 Mio Franken weniger als budgetiert aufgewendet worden, weil die Regelung des FILAG zum Teil bereits rückwirkend ab 2001 angewendet worden ist. Die Passivzinse konnten gegenüber dem Voranschlag um 1,1 Mio gesenkt werden, gegenüber dem Vorjahr sogar um 5,6 Mio. Das sind 6,4% weniger. Dies ist der klugen, vorausschauenden Finanzbeschaffung unseres Finanzverwalters zu verdanken. Zu beachten ist, dass der Personalaufwand gegenüber dem Voranschlag um 8,6 Mio gesunken ist, gegenüber dem Vorjahr sogar um 12,3 Mio, was immerhin 4,2% weniger ausmacht. Auch der Sachaufwand wurde gegenüber dem Voranschlag um 2,6 Mio Franken kleiner. Es gab im letzten Jahr auch unerwartete Mehrauslagen: 10,4 Mio mehr als budgetiert mussten an die Spitäler, den Kanton und den Spitalverband ausgerichtet werden. Selbstverständlich hat auch der Verkauf der Berufsschul-Liegenschaften an den Kanton, der für das Jahr 2001 bereits budgetiert worden ist, zum guten Rechnungserfolg beigetragen. Nach Abzug des Restbuchwerts von 44 Mio resultierte wie vorgesehen ein rechnungswirksamer Gewinn von 60 Mio. Der Verkaufsgewinn hat also – wie dies von bürgerlicher Seite immer wieder verlangt worden ist – vollständig zur Abtragung des neurechtlichen und zum Teil des altrechtlichen Verlustvortrags eingesetzt werden können.

Der Cashflow ist mit 128,8 Mio ausgezeichnet ausgefallen. Im Vergleich zum letzten Jahr ist eine Verbesserung um fast das Doppelte zu verzeichnen. Zum zweiten Mal seit Einführung des neuen Rechnungsmodells 1993 konnte ein Finanzierungsüberschuss von satten 133,8

Mio ausgewiesen werden. Die beiden Daten sind jedoch zu relativieren, denn sie sind u.a. auch des Verkaufs der Berufsschulen wegen so hoch ausgefallen. Auch der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 241,9 extrem hoch, d.h. die ordentlichen Abschreibungen – ausgenommen die ausserordentlichen – hätten ausgereicht, um alle Investitionen des vergangenen Jahres zu finanzieren. Die Nettoinvestitionen haben sich im vergangenen Jahr unter den aus Spargründen reduzierten Zielvorgaben von 45 bis 47 Mio gehalten.

Eigentlich hätte die vorliegende Rechnung bereits von einer externen Revisionsstelle geprüft werden sollen. Leider wurde dies durch die Beschwerde der Revisionsfirma, die im ordentlichen Auswahlverfahren unterlegen ist, verunmöglicht. Die Beschwerde ist vom Regierungstatthalteramt nun abgelehnt worden und die Klägerin hat sie offenbar nicht weitergezogen. Erstmals wird somit die Rechnung des Jahres 2002 der externen Revisionsstelle übergeben werden können, wie dies das kantonale Gemeindegesetz vorschreibt.

Der Finanzinspektor empfiehlt in seinem Bestätigungsbericht, die Jahresrechnung 2001 zu genehmigen. Er macht dabei die folgende Einschränkung betreffend Bernmobil: Es müsse zwischen Stadt und Bernmobil noch eine Lösung bezüglich Zahlung der Tilgung der Pensionskassen-Annuitäten des Bernmobil-Personals ausgearbeitet werden. Im negativsten Fall könnte dies die Stadt oder Bernmobil rund 11 Mio Franken kosten. Der Finanzinspektor weist in seinem Bericht noch auf folgende 3 Punkte hin:

1. Die Stadt muss auf Grund eines Urteils des Eidg. Versicherungsgerichts vom letzten November eventuell rückwirkend Beiträge an die Behandlung von Privat- und Halbprivatpatienten der städtischen Spitäler leisten. Das ist bis heute noch nicht geklärt.
2. Der Steuerertrag, der im Jahr 2001 eingegangen ist, könnte sich aufgrund der provisorischen Veranlagung – einerseits der neuen Steuergesetzgebung, andererseits des Konjunkturverlaufs wegen – als allzu hoch erweisen. Dies könnte im Rechnungsjahr 2002 zu erheblichen Ertragseinbussen führen.
3. Gemäss Finanzplan für die Jahre 2003 – 2009 drohen der Stadt weitere Defizite, die ohne zusätzliche Massnahmen erheblich wären.

Zur Diskussion in der Finanzkommission: Die FIKO hat die Rechnung 2001 in zwei Sitzungen besprochen. Eintreten war mit den entsprechenden Kommentaren aus den verschiedenen Parteien unbestritten. Aus den einzelnen Direktionen berichteten die einzelnen Delegationen mehrheitlich Gutes. Der Nettoaufwand ist – ausser bei der Polizeidirektion, die einen minimalen Mehraufwand ausweist – in allen Direktionen niedriger ausgefallen als im Voranschlag, und bei der früheren Direktion Stadtbetriebe resultierte sogar ein Nettoertrag anstelle des budgetierten Nettoaufwands. Beim EWB fiel der Ertrag ungefähr gleich hoch aus wie budgetiert, und beim GWB war der Gewinn um 1 Mio höher.

In der *Direktion für Öffentliche Sicherheit* gab der Personalmangel beim Schriftenwesen zu Diskussionen Anlass. Er führte zu fast skandalösen Wartesituationen. Ob beim Personal der Einwohnerkontrolle am richtigen Ort gespart worden ist, bleibt eine offene Frage. Auch in andern Direktionen z.B. in der Präsidialdirektion, macht der über Jahre stetige Personalabbau Sorgen – und dies bei gleichbleibenden Leistungen und einem massiv gestiegenen Arbeitsdruck auf das Personal. Das sollte einmal zur Kenntnis genommen werden.

In der *Direktion für Öffentliche Sicherheit* wurden vor allem Fragen zum Schlachthof gestellt. Der Finanzinspektor weist in seinem Bericht darauf hin, dass in der Bestandesrechnung unter dem Titel Spezialfinanzierung ein Bilanzfehlbetrag von rund 1,7 Mio aufgelaufen sei. Es hätten jährlich noch 800 000 Franken abgeschrieben werden müssen = 10% des Buchungswerts von 7,3 Mio Franken. Dieser Betrag musste der Spezialfinanzierung entnommen werden. Auf Ende Jahr wird eine Volksvorlage vorbereitet, um diese Liegenschaft in das Finanzvermögen zu überführen. Ab dann müssen nicht mehr 10% abgeschrieben werden und es könnte sogar für die Liegenschaftsverwaltung ein Ertrag anfallen. Die Referentin hofft, dass das schwierige Kapitel Schlachthof für die Stadt bald befriedigend zu Ende geführt werden kann.

In der *Direktion für Bildung, Umwelt und Integration* wurde das Thema Schulzahnklinik aufgegriffen. Zu einer politischen Auseinandersetzung kam es aber nach der Diskussion zu den Don Quijote-Vorstösse der FDP im Rat nicht mehr.

In der *Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau* sind die hohen Kosten für die Personalwerbung kritisiert worden. Erklärung dafür waren die vielen offenen Kaderstellen, die aber ausser derjenigen des Stadtbaumeisters besetzt werden konnten.

In der *Direktion für Finanzen, Personal und Informatik* wurde vor allem über ausserordentliche Steuereinnahmen bei den juristischen Personen diskutiert. Es wurde kritisiert, die Steuern seien vor allem aufgrund früherer Gewinne in Grossfirmen so hoch. Da aber einige dieser Firmen im Jahr 2001 zum Teil Verluste ausweisen mussten, müsse die Stadt mit erheblichen Rückzahlungen rechnen. Dadurch sei das Resultat der Rechnung trotz korrekter Verbuchung beschönigt worden. Die Verwaltung hofft jedoch, dass sich die Auswirkungen durch eine zurückhaltende Budgetierung für das Jahr 2002 in Grenzen halten werden.

Die FIKO empfiehlt dem Rat die Rechnung 2001 mit 4 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zur Annahme. Warum sich die bürgerlichen Parteien enthalten haben, können sie heute selber begründen.

Wie oben festgehalten erteilt auch der Finanzinspektor keine Entwarnung für die längerfristige Finanzplanung der Stadt. Die Verlustvorträge sind noch nicht abgetragen. Wir können die Hände noch nicht in den Schoss legen. Ein 10. Massnahmenpaket, das sehr wahrscheinlich einschneidend sein und vielen weh tun wird, ist unumgänglich. Trotzdem dürfen wir eines nicht vergessen, die Stadt darf ihre Verantwortung gegenüber ihrer Bevölkerung nicht ungestraft vernachlässigen. Rosmarie Okle Zimmermann hofft, dass Stadtrat und Gemeinderat auf der politischen Ebene einen richtigen Weg in eine sichere und kluge finanzpolitische Zukunft finden. Sie empfiehlt dem Rat, die Gemeinderechnung 2001 zu genehmigen.

Fraktionserklärungen

Michael Jordi (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Erst einmal haben wir uns über diesen Rechnungsabschluss gefreut und den Mahnfinger im Sack gelassen. Es ist auch erlaubt, dieser Stadt nach jahrelangen „Gürtel-enger-schnallen“-Parolen und neun Sanierungspaketen etwas Luft und Glück zuzugestehen. Der Überschuss von knapp 70 Mio Franken bringt der Stadt eine echte Entlastung – dies nachhaltig und längerfristig. Der extrem belastende neu-rechtliche Bilanzfehlbetrag kann mit einem einzigen Federstrich aus der Welt geschafft werden und auf dem neurechtlichen Fehlbetrag kann ein beachtlicher Teil abgeschrieben werden. Auch unsere Fraktion sagt jedoch nach einleitenden Gratulationswünschen, dass die Sanierungsanstrengungen damit nicht beendet sind. Es hat sich jedoch der Spielraum dafür erhöht, klare politische Prioritäten in der Ausgaben- und Finanzierungspolitik zu setzen, wie wir dies seit langem fordern. An den sozial-, bildungs- und kulturpolitischen Leistungen, sowie an einer ökologischen Verkehrspolitik sollen auch in Zukunft keine Abstriche gemacht werden. Die Rechnung ist einerseits das Ergebnis einer kontrollierten Ausgabenpolitik. Sie zeigt nämlich, dass die Stadt die Ausgaben, die sie selbst beeinflussen kann, im Griff hat. Die negativen Ausgabenüberraschungen sind allesamt durch nicht beeinflussbare Entwicklungen und Entscheide auf übergeordneter politischer Ebene zustande gekommen, ein letztes Mal, vor dem Wechsel in die alleinige Kantonskompetenz auch im Gesundheitswesen. Das Ergebnis ist nicht ein Geschenk des Himmels, aber doch ein Geschenk der erfreulichen konjunkturellen Ergebnisse der Jahre vor und mit 2001. Das wird sich nicht unbeschränkt wiederholen, wie auch die Finanzdirektorin, der Steuerverwalter und der Finanzverwalter erkannt haben. Die Budgetzahlen 2002 der juristischen Personen werden deshalb im kommenden Budget den Erfahrungen zwar angepasst, jedoch nicht zu euphorisch eingebaut werden. Dass die Rechnung des Verkaufs der Berufsschulliegenschaften an den Kanton wegen als beschönigt dar-

gestellt wird, ist unkorrekt. Das Budget 2001 ist von der Stimmbevölkerung mit dieser Einnahmequelle verabschiedet worden, im Wissen darum, dass diese Einnahmequelle einmalig ist, und trotzdem schliesst die Rechnung viel besser ab als budgetiert. Obwohl die Stadt beim guten Abschluss nicht alles auf die eigene Kappe nehmen darf, sagen wir trotzdem, Chapeau! und empfehlen die Rechnung zur Annahme.

Urs Jaberg (FDP) verweist darauf, dass sich die FDP-Fraktion anlässlich der Behandlung der Finanzmotion bereits ausführlich zur Finanzlage der Stadt geäussert habe. Wie es sich für positiv denkende Leute gehört, nehmen wir das Erfreuliche voraus. Die Rechnung schliesst auf den ersten Blick gut ab, mit einem Überschuss von 68,6 Mio Franken. Die Haushaltsanierungsmassnahmen konnten fortgesetzt werden. Zahlreiche finanzielle Verbesserungen sind in diversen Bereichen in verschiedenen Direktionen erzielt worden. Der Steuerertrag bei den juristischen Personen ist massiv gestiegen. Die Rechnung schliesst zum dritten Mal besser ab als budgetiert. Die Investitionen sind zu 90% erreicht worden. Erstmals seit 8 Jahren kein Bilanzfehlbetrag. Der Aufwand ist gesunken, der Ertrag ist gestiegen – jedoch teilweise über durchgehend höhere Gebühren erkaufte. Der Selbstfinanzierungsgrad und die Selbstfinanzierungskraft sind unserer Meinung nach in Ordnung. Der Zinsbelastungsanteil ist auf ca. 3,9% gesunken. Erkennbar ist jedoch, dass die beschlossenen Haushaltsanierungsmassnahmen und weitere Massnahmen unverzichtbar sind. Der Finanzausgleich ist 1 Mio tiefer als budgetiert. Ein wichtiger Punkt: Die Einwohnerzahl und die Steuerpflichtigen sind einigermaßen gleich geblieben. Eine Trendwende nach oben ist leider noch nicht erkennbar. Positivem steht aber auch Negatives gegenüber. Negativ ist, dass dieses gute Resultat nur durch den Verkauf von Schulhäusern erzielt werden konnte. Bezüglich hoher Steuererträge bei den juristischen Personen tickt noch eine Zeitbombe, weil wir nicht wissen, in welchem Umfang diese Erträge berichtigt werden müssen. Die Talsohle ist bei weitem noch nicht überschritten worden, sondern es ist lediglich eine behelfsmässige Notbrücke gebaut worden, die uns an das andere Ufer brachte. Bei der Don Quijote-Motion stiess die FDP-Fraktion beim politischen Gegner überraschenderweise teilweise auf Zustimmung. So absurd und unzeitgemäss waren diese Vorstösse offenbar nicht. Die FDP wird ihrem Kurs für gesunde Stadtfinanzen treu bleiben und sich auch erlauben, weitere Vorschläge zu unterbreiten. Auf dem harten Boden der Realität verbleibend, halten wir daran fest, dass leider eine einmalige Berufsschulschwalbe noch keinen Frühling ausmacht. Die bis jetzt unternommenen Sparanstrengungen reichen leider nicht aus. Wir müssen den nötigen Spardruck aufrecht erhalten. Um dies nach aussen zu manifestieren, wird sich unsere Fraktion wie in der FIKO bei der Rechnungsgenehmigung der Stimme enthalten. Wir hoffen, dass das 10. Sparmassnahmenpaket ein inhaltreiches Paket sein wird.

Michael Straub (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Die Rechnung schliesst sehr viel besser ab als das Budget 2001. Dies sicher zu einem bedeutenden Teil der Steuererträge der juristischen Personen wegen. Die Haushaltsanierungsmassnahmen greifen und es ist bemerkenswert, dass ein Fünftel des Bilanzfehlbetrags getilgt werden konnte. Der neurechtliche Bilanzfehlbetrag konnte ganz abgeschrieben werden. In den kommenden Jahren fallen deshalb weniger Zinszahlungen an, was der Stadt einen grösseren finanziellen Spielraum für andere Aufgaben lässt. Der vor Jahren eingebrochene Steuerertrag hat sich somit erholt, dies jedoch aufgrund exogener Faktoren, die wir nicht beeinflussen können. Es ist auch für die Stadt selber überraschend, was sich an dieser Front tut. Wir können uns deshalb darauf nicht verlassen. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass ohne weitere Anstrengungen, verbunden mit neuen Sparmassnahmen, weiterhin mit Defiziten zu rechnen ist. In diesem Sinne stellt die Rechnung 2001 keinen Wendepunkt dar. Das 10. Massnahmenpaket ist nach wie vor notwen-

dig. Sparen und Schuldenabbau müssen fortgeführt werden. Fazit: Die Rechnung ist gut, wir stimmen ihr zu, Euphorie ist jedoch fehl am Platz.

- Hier übernimmt der 1. Vizepräsident Beat Schori den Vorsitz. –

Für die Fraktion SP/JUSO spricht *Ruth Rauch* (SP). Die wichtigsten Fakten haben die Vorrednerinnen und Vorredner festgehalten. Wir freuen uns am guten Ergebnis. Das Gefühl herrscht vor, dass die Kurve geschafft worden ist, das nächste Budget wird jedoch wieder zu Diskussionen Anlass geben. Erfreulich ist, dass die Rechnung wesentlich besser abschneidet als budgetiert. Alle Aspekte sind besser als budgetiert. Es bestehen keine neurechtlichen Finanzfehlbeträge mehr und die altrechtlichen konnten abgebaut werden. Aber, es ist immer noch ein Fehlbetrag von 267 Mio Franken vorhanden. Entwarnung ist nicht angesagt. Die Aufwandseite ist kleiner als budgetiert – dies sicher dank Sparanstrengungen. Auch die Einsparungen im Rahmen von NSB sind erwähnenswert. Klar ist, dass wir nicht jubilieren, wenn beim Personalaufwand gespart wird. Der Verkauf der Berufsschulliegenschaften ist für das gute Ergebnis matchentscheidend, ein grosser Teil dieser 60 Mio ist jedoch vorher abgeschrieben worden. Ruth Rauch möchte dem Finanzinspektor ein Kränzlein winden für die transparentere Auflistung der Nachkredite. Die Fraktion SP/JUSO stimmt der Rechnung zu. Ruth Rauch kritisiert die Enthaltung der Bürgerlichen als Demonstration, die andern finanzpolitischen Entscheiden gilt. Diese Demonstration gehörte eher in die Budgetdebatte. Ruth Rauch ist enttäuscht, dass Stephan Hügli heute demonstrativ eine rote Krawatte trägt und sich in der Abstimmung der Stimme enthält. Sie glaubte eigentlich, er könne eine rote Rechnung von einer schwarzen unterscheiden. Die Rechnung ist besser als das Budget. Wir sollten deshalb nicht zögern, dieser Rechnung zuzustimmen.

Rudolf Friedli (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: In der Rechnung werden drei Punkte präsentiert, die für den Ausgang dieser Rechnung massgebend sind. Verkauf der Berufsschulliegenschaften, positive Auswirkung des FILAG und Mehraufwand für die Spitalkostenübernahme. Als ausserordentlich unerwähnt geblieben sind jedoch merklich höhere Steuererträge. Die Rechnung sieht als ganzes nicht schlecht aus. Auch wir sehen jedoch keinen Grund zu Freudentänzen, denn die Rückzahlung der Schulden wurde nur möglich durch den Verkauf der Berufsschulen. Die Schulden betragen immer noch 267 Mio Franken, die bis 2015 bezahlt sein müssen, d.h. es müssen rund 20 Mio Franken pro Jahr zurückbezahlt werden. Es besteht deshalb nur Grund zum Aufatmen, jedoch nicht zum Zurücklehnen. Der Steuerertrag der juristischen Personen ist viel höher ausgefallen als budgetiert, es drohen jedoch Rückzahlungen. Diese Drohungen wirken sich nicht direkt auf die Rechnung 2001 aus, sondern werden sich erst in einer spätern Rechnung niederschlagen. Sie sind für unsere Stadtfinanzen aber trotzdem relevant. Hätten die Berufsschulen nicht verkauft werden können und wäre der Steuerertrag nicht ausserordentlich hoch gewesen, sähe die Rechnung 2001 für die Stadt nicht berauschend aus. Deshalb ist unsere Freude an dieser Rechnung gedämpft. Eigentlich sollte die Rechnung später abgeschlossen werden können, damit das Bild auch die Eventualitäten wiedergeben kann. Die Rechnung ist eigentlich eine Vergangenheitsbewältigung. Wichtiger ist aber die Zukunft, d.h. das nächste und die folgenden Budgets. Wir befürchten, dass man in Anbetracht des Rechnungsergebnisses versucht sein könnte, weniger zu sparen und mehr auszugeben. Davor warnen wir, denn wir sind noch lange nicht „über dem Berg“. Wir können der Rechnung nicht zustimmen, denn dies käme einer indirekten Zustimmung zur Ausgaben- und Einnahmenpolitik gleich. Andererseits ist die Rechnung fachlich korrekt abgeschlossen worden. Wir entschieden uns deshalb für den Mittelweg, nämlich uns der Stimme zu enthalten. Wir hoffen, dass keine Überraschungen eintreffen wie bei der Worldcom.

Einzelvoten

Stephan Hügli (FDP) ergänzt seinen Vorredner, die Worldcom hätte auch rote Zahlen ausweisen müssen, sie hat jedoch desinvestiert und die Buchhaltung manipuliert. Selbstverständlich ist dies in der Stadt Bern nicht Fall. Es wurde jedoch Familiensilber verhökert. Hätten die Berufsschulen nicht verkauft werden können und wären da nicht die Zahlen der wahrscheinlich viel zu hohen Steuererträge der juristischen Personen, sähe das Ergebnis der Rechnung 2001 ganz anders aus. Dies seien die Gründe für seine rote Krawatte.

Rosmarie Okle Zimmermann (SP) wehrt sich gegen einen Vergleich mit der Worldcom, deren Rechnungsführung unseriös war. Die Stadt hat seriös budgetiert und eine seriöse Rechnung unterbreitet.

Direktorin FPI *Therese Frösch* dankt der FIKO-Präsidentin für ihre Darlegung der Rechnung 2001 und den FIKO-Mitgliedern für ihre Arbeit. Die Rechnung wurde gemäss den Richtlinien des Amtes für Gemeinden und Raumordnung neu gestaltet. Beim Steuerertrag handelt es sich nicht um einen Geschäftsfall. Unter Geschäftsfälle müssen spezielle Geschäfte erwähnt werden, die sich wesentlich auf die Rechnung auswirken. Der Finanzinspektor hat die Rechnung geprüft und als gut befunden. Ein Vergleich mit Worldcom ist deshalb verfehlt. Wir versuchen aber immer wieder, die Rahmenbedingungen neu zu bewerten: Berücksichtigung der Bewegungen an der Börse, die auf verschiedene Faktoren Einfluss haben, neuere Entscheide des Kantons (Tagesschulen) usw. Massgebend ist, welcher Grad der Unsicherheit angenommen wird. Die Bürgerlichen haben mit ihren Vorstössen nicht nur den worst case angenommen, sondern den very worst case, so dass wir letztlich keine Chance mehr hätten. Im Voranschlag 2002 wird auf den Steuerzahlen von 2000 basiert, d.h. Rückerstattungen lassen sich verkraften. Gemeinderätin Frösch gibt zu bedenken, dass ein weiteres Sparen nach 9 Massnahmenpaketen sehr schwierig sei. Bezugnehmend auf das Communiqué der Fraktion GFL/EVP zu StaBe gibt Gemeinderätin Frösch zu bedenken, es sei gut und recht von buchhalterischen Kunstgriffen zu sprechen und Kritik zu äussern, jedoch kein Wort dazu zu sagen, wie der Unterhaltsnachholbedarf gestopft werden soll oder wo die 20 Mio geholt werden sollen, wenn StaBe abgelehnt werden sollte. Es würde jedem Ratsmitglied gut anstehen, sich auch zu den Problemen zu äussern, die durch eine Ablehnung von StaBe entstünden. Da wir finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, müssen wir einen solchen Vorschlag bringen. Es liegt nicht nur am Gemeinderat, sondern an allen Ratsmitgliedern darüber nachzudenken, welches das kleinere Übel ist und entsprechend das kleinere Übel zu wählen und zu versuchen, den Handlungsspielraum im finanziellen Bereich auszuweiten.

Beschluss

Der Rat genehmigt die Gemeinderechnung 2001 mit 38 : 0 Stimmen bei 22 Enthaltungen.

5 Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle an den Stadtrat 2001

Für die GPK spricht deren Präsident *Rudolph Schweizer* (SVP). Die GPK hat diesen Tätigkeitsbericht in Anwesenheit von Ombudsmann Mario Flückiger beraten. Wir finden den Bericht inhaltlich gut und auch gut lesbar. Er zeigt, dass die Ombudsstelle und die ihr angegliederte Gemeindeaufsichtsstelle Datenschutz einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Rudolph Schweizer dankt Mario Flückiger und seinem Team für die im Jahr 2001 geleistete Arbeit.

Fraktionserklärungen

Ernst Stauffer (ARP) für die Fraktion CVP/ARP: Wir nehmen mit grossem Interesse und positiv vom Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle Kenntnis. Dieser Bericht beweist einmal mehr, dass die Initianten der Schaffung dieser Stelle eine gute, leider notwendige Klagemauer schaffen halfen. Die Ombudsstelle darf nicht überschätzt, jedoch auch nicht unterschätzt werden. Schon nur die Tatsache, dass es eine solche Stelle gibt, hat auf die Verwaltung einen grossen, aber leider nicht messbaren Einfluss in Bezug auf ihr Verhalten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Es ist zu begrüßen, dass sich Leute, die von einer Amtsstelle abgewimmelt werden, oder glauben, unkorrekt behandelt worden zu sein, an einem neutralen Ort melden können. In der Regel werden jedoch Bürgerinnen und Bürger von der Verwaltung zuvorkommend und korrekt behandelt. Unsere Fraktion findet, Mario Flückiger und seine Mitarbeiterin machten ihre Arbeit sehr gut. Wäre dem nicht so, würde die Ombudsstelle nicht so häufig kontaktiert. Wir sind der Meinung, es sei richtig, dass sich der Ombudsmann alle Sorgen und Nöte der Ratsuchenden anhört. Er kann dann entscheiden, ob und was er unternehmen will. Wir finden auch den vorgelegten Tätigkeitsbericht angemessen und aussagekräftig. Ernst Stauffer verweist speziell auf Seite 6. Wir glauben, dass das Wirken des Ombudsmannes mithilft, dass die „Sorgenfälle“ mit der Zeit zurückgehen. Selbstverständlich müssen sich Verwaltung und Stadtrat überlegen, ob nicht doch verschiedene Wahrnehmungen und Feststellungen von Mario Flückiger in Ordnung gebracht oder klar geregelt werden sollten. Ernst Stauffer verweist auf das auf den Seiten 15 bis 17 beschriebene Fallbeispiel. Trotz all dieser positiven Fakten ist unsere Fraktion nicht bereit, einer allfälligen Stellenprozentaufstockung zuzustimmen. Die Ombudsstelle muss sich organisieren – auch wenn mit dem Essen der Appetit steigt. Wir sind froh, dass es diese Ombudsstelle gibt und danken Mario Flückiger und seiner Mitarbeiterin herzlich für ihre Arbeit und ermuntern sie, so weiter zu machen.

Für die Fraktion SP/JUSO spricht *Liselotte Lüscher*. Im Bericht erwähnte Beispiele, die aus dem Leben gegriffen sind, zeigen auf, wo und wodurch in einem Gemeinwesen Probleme entstehen können. Diese Geschichten sind auch gut für uns, da wir doch mit unseren Beschlüssen oft recht weit über den einzelnen städtischen Realitäten schweben. Es ist schwierig, zwischen mehr oder weniger erbosten Bürgern und Bürgerinnen und der Verwaltung zu vermitteln. Dies erfordert viel Fingerspitzengefühl. Wer in der Verwaltung lässt sich schon gerne kritisieren und welche Bürgerinnen und Bürger lassen sich gerne sagen, ihr Anliegen habe keinen Boden und die Verwaltung habe ihnen gegenüber richtig gehandelt? Beides muss der Ombudsmann aussprechen – Rüge Richtung Verwaltung und Zurückweisen von Vorwürfen gegen die Verwaltung. Liselotte Lüscher ist aufgefallen, dass es sehr wenige Dossiers von Verwaltungsangestellten und damit Konflikte von Verwaltungsangestellten mit der Verwaltung gibt, nämlich weniger als 10%. Dafür möchte sie der Verwaltung und dem Ombudsmann ein Kränzlein winden. Die städtische Verwaltung geht mit ihrem Personal offensichtlich anständig um, aber auch der Ombudsmann hat Anteil an diesen niedrigen Zahlen, denn er zögert bei diesem Personal speziell lange, bis er ein Dossier eröffnet und verweist Leute aus der Verwaltung zuerst an ihre Vorgesetzten, dann an das Personalamt und dort speziell an das Amt Ausbildung und Organisations-Beratung. Dass die Direktion für Öffentliche Sicherheit und die Direktion für Soziale Sicherheit am meisten Fallzahlen aufweisen, darf uns nicht irritieren, denn wenn Direktionen mit einzelnen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt direkt zu tun haben, ihnen Bussen aufbrummen oder ihnen eine finanzielle Leistung kürzen, entstehen eher Konflikte als in Direktionen, die Schulhäuser sanieren oder Röhren verlegen. In unserer prekären finanziellen Situation werden wahrscheinlich immer mehr Probleme im Bereich des Datenschutzes auftreten, wenn die Technologisierung weiter in gleicher Weise wie heute fortschreitet. Denn in immer mehr PCs auf dieser Welt sind unsere Namen und unsere persönli-

chen Daten gespeichert, und wir haben zum Teil keine Macht mehr darüber, wer sie verwendet und allenfalls weitergibt. Alles ist verknüpft und vernetzt. Der Ombudsmann ist nach Pflichtenheft auch für den Datenschutz verantwortlich, d.h. dafür, dass die entsprechenden Gesetze respektiert werden. Im Moment scheint, was der Ombudsmann in diesem Bereich mit seinen Stellenprozenten und mit den finanziellen Mitteln leisten kann, nur noch knapp genügend. Wir sollten nicht auf ein Skandal warten, bis wir handeln und ernsthaft darüber nachdenken, wie unsere Sicherheit in diesem Bereich erhalten werden kann. Gerade in Zeiten, in denen in einem Gemeinwesen sparen und Prioritäten setzen angesagt ist, sind Stellen, die präventiv arbeiten, besonders wichtig. Die Ombudsstelle ist eine solche Stelle. Wir danken dem Leiter und seiner Mitarbeiterin für ihre qualifizierte und sorgfältige Arbeit. Auch wir nehmen den Bericht mit Interesse zur Kenntnis.

Catherine Weber (GB) für die Fraktion GB/JA!GPB: Die Arbeit der Ombudsstelle wird jedes Jahr von allen verdankt und sogar gelobt, dann aber – vor allem von rechter Seite – auch noch ein wenig kritisiert nach dem Motto: Kein Zuckerbrot ohne Peitsche. In den letzten Jahren wurden die aufgeführten Fallbeispiele immer wieder kritisiert. Fast jedes Jahr wurde die Ombudsstelle in Frage gestellt und auch bemerkt, sie sei finanziell nicht mehr tragbar und eine Stellenaufstockung wurde im voraus abgelehnt. Auch von Kompetenzüberschreitung und von Konkurrenz zu privaten Anwaltsbüros wurde gesprochen. All dieser Kritik zum Trotz, gibt es die Ombudsstelle immer noch. Für unsere Fraktion ist klar, dass es eine Ombudsstelle braucht. Im Anschluss an das Attentat auf das Zuger-Parlament wurde viel darüber diskutiert, wie weit eine Ombudsstelle diese Tat hätte verhindern oder zumindest Aggressionen dieses Täters hätte abfedern können. Es ist klar, dass eine Ombudsstelle solche Taten nicht hundertprozentig verhindern kann. Es gibt keine Patentlösung. Dieser Konflikt hätte aber vielleicht in andere Bahnen geleitet werden können, hätte es im Kanton Zug eine Ombudsstelle gegeben. Einige Städte und Kantone prüfen die Einrichtung einer Ombudsstelle. Catherine Weber appelliert an alle Ratsmitglieder, bei ihren Kolleginnen und Kollegen im Bernischen Grossen Rat Lobbyarbeit zu leisten, damit auch der Kanton Bern endlich eine Ombudsstelle erhält, um zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung zu vermitteln, um Miss-trauen zwischen den Partnern Kanton und Einwohnerinnen und Einwohnern abzubauen und nicht zuletzt, um mehr Transparenz in das staatliche Handeln zu bringen. Die zunehmende Privatisierung des Service public stellt auch die Ombudsstellen vor neue Probleme und Anforderungen. Wir diskutieren und beschliessen auch im Stadtrat immer häufiger über Auslagerungen von Teilen der Stadtverwaltung. Immer mehr städtische Aufgaben werden per Leistungsvertrag mit privaten Trägerschaften quasi halbprivatisiert. Für unsere Fraktion ist klar, dass die Ombudsstelle auch hier im Rahmen ihres Pflichtenhefts Ansprechpartnerin bleiben muss - sowohl für die Mitarbeitenden der ausgelagerten Stadtbetriebe und Leistungserbringer als auch für die Kundinnen und Kunden all der Dienstleistungen, welche die Stadt in Auftrag gibt und bezahlt, jedoch nicht mehr selber anbietet. Hier besteht Erklärungs- und Präzisierungsbedarf. Unsere Fraktion dankt Mario Flückiger und Iris Frey für ihre zuverlässige und unabdingbar wichtige Arbeit und wir hoffen, dass die beiden die Stellung weiterhin halten werden.

Stephan Hügli dankt dem Ombudsmann und seiner Mitarbeiterin im Namen der FDP-Fraktion für die geleistete Arbeit. Unsere Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss

Der Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Beat Schori (SVP), 1. Vizepräsident, dankt dem Leiter der Ombudsstelle im Namen des Ratsbüros für die von ihm geleistete Arbeit.

- Hier übernimmt wieder Annemarie Sancar-Flückiger den Vorsitz. –

6 Interfraktionelles Postulat FDP, SVP/JSVP, CVP/ARP (Adrian Haas, FDP): Gesunde Stadtfinanzen: Die Bürgerlichen kämpfen weiter – wie Don Quijote?
Fortsetzung der Beratung vom 20. Juni 2002

Beschlussfassung zu den einzelnen Punkten

Ziff.1: Die Erhöhung der im Rahmen der Stellenbewirtschaftung abzuliefernden Stellenpunkte verbunden mit einer festen Abbauvorgabe von mindestens 50%.

Stephan Hügli (FDP): Wir verlangen mit diesem Punkt etwas, was der Gemeinderat grundsätzlich bereits umsetzt, nämlich dass Stellen in den Gemeinderatspool abgegeben werden und der Gemeinderat entscheidet, wie viele dieser Stellen neu geschaffen werden können. Wir möchten, dass dieses Instrument noch mehr institutionalisiert und festgelegt wird, wie viele Stellen abgegeben werden müssen. Dieses Instrument kann dazu dienen, im Einzelfall zu entscheiden, wo bezüglich Personaleinsatz Prioritäten gesetzt werden sollen. Wir schlagen eine Abbauvorgabe von mindestens 50% vor. Dies wäre ein wirksames Instrument, um in der Stadt Bern einen vernünftigen Stellenabbau in einem massvollen Rahmen durchführen zu können.

Walter Christen (SP): Wie die gemeinderätliche Antwort zeigt, betreibt der Gemeinderat bereits Stellenbewirtschaftung. In einigen Funktionen wurden Stellen nicht besetzt (insgesamt 90 Stellen weniger). *Walter Christen* habe sich noch nie gegen Effizienz gewehrt. In den aus dem SIB hervorgegangen beiden Agenturen können die Leute polyvalent eingesetzt werden und die Stellen sind optimal bewirtschaftet. In einigen Bereichen stösst man jedoch bereits ans Limit. Es macht nicht Sinn, die Stellen derart zurückzufahren, und dass das Personal Überzeit leisten muss, denn Überzeit ist die unwirtschaftlichste Arbeitszeit. Bei der Berufsfeuerwehr z.B. wurde der ausrückende Mannschaftsbestand auf das absolute Minimum reduziert, was die neuste Studie aus Deutschland bestätigte. Die Sicherheit der Bevölkerung kann mit diesem Mannschaftsbestand gerade noch sichergestellt werden. Eine weitere Reduktion könnte jedoch nicht verantwortet werden. Auch das Freizeitverhalten der Leute verändert sich. Überall werden Feste gefeiert, es braucht zusätzliche Strassensignalisationen usw. Im Moment greift das neue Arbeitsgesetz im öffentlichen Bereich noch nicht, sonst müsste verlangt werden, dass neue Leute eingestellt werden, denn die zu leistende Überzeit wäre von Gesetzes wegen nicht mehr tolerierbar. Die Fraktion SP/JUSO empfiehlt dem Rat, Ziff.1 des Postulats abzulehnen.

Direktorin FPI Therese Frösch: Die Reformkommission hat gestern auch über einen Vorschlag, der mehr Richtung Input als Output geht, diskutiert. Bei den Stellen so anzusetzen, wäre der grösste Fehler in der NSB-Philosophie. NSB sollte nun flächendeckend eingeführt und damit Erfahrungen gesammelt werden. Wir sollten nicht inkonsequent sein und in eine solche Inputsteuerung zurückfallen. Der Rat möge diese Ziffer deshalb ablehnen.

Stephan Hügli (FDP) entgegnet, es sei vorgesehen, NSB im Jahr 2004 einzuführen. Eventuell wird es jedoch 2005, d.h. dieses Instrument könnte zwei Jahre lang durchgeführt werden – für 2003 und 2004, was Vorwirkung hätte.

Gemeinderätin Frösch entgegnet, im Moment arbeite die Stadt mit 7 Piloten an der NSB-Philosophie. Ein Stilbruch sei nicht sinnvoll. Es werde versucht, die Sparbemühungen und Haushaltverbesserungen auf einem andern Weg zu realisieren. Es sollte nicht ein Rückfall provoziert werden. Dieser Antrag der Bürgerlichen ist ein falscher Ansatz und wirkt auch nicht glaubwürdig gegenüber der Verwaltung.

Liselotte Lüscher (SP) berichtet, dass die Reformkommission so plane, dass NSB im Jahr 2004 eingeführt werden könne. Der Stadtpräsident habe gestern als Drohung eine Einführung im Jahr 2005 genannt, damit die Kommission vorwärts mache.

Beschluss

Ziff. 1 des interfraktionellen Postulats wird mit 39 : 25 Stimmen abgelehnt.

Ziff.2: Die Auslagerung von Backoffice-Bereichen der Verwaltung aus (teuren) Gebäuden im Stadtzentrum zwecks Freigabe von Räumlichkeiten für Wohnungen guter Steuerzahler oder Büros von privaten Betrieben.

Christoph Müller (FDP) hält fest, dass die FDP mit ihrer Arbeitsgruppe „Wohnen in Bern“ seit Jahren immer wieder auf den Missstand hingewiesen habe, wie viele Verwaltungsbüros in der Stadt Bern in der Altstadt oder in andern Quartieren gute, ja beste Wohnlagen beanspruchen. Es ist bekannt, wie sehr es in der Stadt an Wohnraum mangelt, vor allem an hochwertigem Wohnraum. Der Gemeinderat ist bereit, diesen Punkt als Postulat entgegenzunehmen. Das freut uns. Andererseits können uns die bekannt gewordenen mageren Ergebnisse unserer bisherigen Vorstösse in dieser Sache kaum überzeugen. Liegt es an der fehlenden Entschlossenheit, am fehlenden Einsatz? Auch wir hoffen, dass sich die StaBe in dieser Angelegenheit als effizientes Instrument erweisen wird, d.h. falls sie zustande kommt und voll operativ sein kann. Ein zentraler Punkt wird in der gemeinderätlichen Antwort übergangen. In Bern gibt es nebst der sehr grossen Stadtverwaltung noch andere enorm grosse Verwaltungen, wie die des Kantons, des Bundes, der Universität usw. Für sie gilt die Auslagerung von Backoffice-Bereichen ebenso. Die Stadt hat für diese Räumlichkeiten keine Weisungsbefugnis. Umso mehr gilt es, mit Entschiedenheit Informations-, Koordinations-, Monitoring- und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Beschluss

Dieser Postulatspunkt (Ziff.2) wird stillschweigend überwiesen.

Ziff.3: Die Übertragung der Aufgabe des Vermessungsamts an einen privaten Geometer wie dies alle andern Gemeinden im Kanton Bern praktizieren.

Thomas Balmer (FDP): Leistung und Arbeit eines Vermessungsbüros sind klar definierbar, und die Arbeit muss durch die Stadt entsprechend kontrolliert werden. Damit sind Qualität und Leistung festgelegt. Der Vorteil einer Übertragung für die Stadt ist, dass die Leistungen durch langjährige Verträge im Wettbewerb erbracht werden. Die Stadt Bern erbringt nur noch die Koordination, die Kontrolle und die Verwaltung als hoheitliche Leistung. Die Privaten lösen die Personalprobleme, investieren in die notwendige EDV – damit erhält die Stadt mehr Spiel-

raum und die Auslastung der Anlagen ist durch die akquirierbaren Aufträge durch Dritte besser zu verteilen. Damit entsteht langfristig für die Stadt Bern eine höhere Flexibilität zu günstigeren Kosten für eine notwendige und sinnvolle Dienstleistung. Der Rat möge diesen Postulatspunkt überweisen.

Béatrice Stucki (SP) lehnt diesen Postulatspunkt im Namen der Fraktion SP/JUSO ab. Wir haben in den letzten Jahren viel Geld, Arbeitskraft, Arbeitszeit und Energie in die Zusammenführung von Daten gesteckt (GIS usw.). Hier kam ein riesiges Potential an informatikmässig koordinierbaren Informationen zusammen – wie dies eine private Unternehmung nie so weit zurück und so aktuell wird anbieten können. Die Stadt und die Kunden und Kundinnen des Vermessungsamts würden nach einer Auslagerung alle als Verliererinnen/Verlierer dastehen.

Rudolf Friedli (SVP) setzt sich für diese Forderung ein. Dass nach einem einheitlichen Punkt abgerechnet wird, ist kein Grund dafür, dass nichts mehr geändert werden kann. Die allerwenigsten Gemeinden erfüllen diese Aufgabe selber. Es kann sein, dass in Sachen gesamtschädtische Koordination im geographischen Informationssystem ein Bedarf nach Stadtangestellten besteht. Das bedeutet jedoch nicht, dass noch andere Aufgaben angehäuft werden müssen. Die Stadt könnte sich auf einen Mitarbeiterstab beschränken, der nur diese Aufgabe wahrnimmt. Wir hoffen sogar, dass das Vermessungsamt gut funktioniert. Aber auch dies ist kein Grund, etwas aufrecht zu erhalten, wenn auf andere Art gespart werden könnte. Auch andere Gemeinden fanden eine gute Lösung. Mit einem Postulat wird nur eine Prüfung verlangt.

Peter Künzler (GFL) hält fest, die Übernahme eines Datenbestandes, wie der in der Stadt Bern vorhandene, sei eine technisch riesige Aufgabe. Die Vorinvestitionen für die Übernahme durch einen Privaten wären sehr hoch. Die Investitionen an Personal, Know-how und Kontakten, um einen solchen Kataster unterhalten zu können, sind ebenfalls sehr hoch. Wer auch immer als Privater dieses Mandat übernähme, erhielte de facto eine Monopolstellung. Es handelt sich um eine Aufgabe, bei der der Markt nicht spielt und nicht spielen kann. Ein anderes Beispiel ist die Kehrriechtabfuhr. In einer Stadt mit einer so grossen Infrastruktur kann auch da die Konkurrenz nicht spielen. Bei diesem Postulatspunkt ist ideologische Starrheit am Werk.

Beschluss

Ziff.3 des interfraktionellen Postulats wird mit 40 : 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ziff.4: Eine Verzichtsplanning im Hochbauamt.

Christoph Müller (FDP): Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat diesen Punkt als Postulat entgegennehmen will. Es sind nicht nur die im Vorstoss erwähnten Organisationsänderungen, die eine Verzichtsplanning im Hochbauamt nötig machen und auch nicht nur die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung, welche eine Überkapazität aufzeigen mit der Aussage: „Manchmal wissen einige nicht, was zu tun ist.“ Ein ganz wichtiger Punkt ist die vernünftige interne/externe Arbeitsaufteilung. Es kann nicht Aufgabe des Hochbauamts als Bauherr sein, selber zu projektieren. Hauptaufgaben sind 1. die kompetente Auftragserteilung an projektierende und ausführende Unternehmungen in Form eines seriösen Pflichtenhefts, 2. die sorgfältige Kontrolle der ausgeführten Arbeiten, der Vorschriftseinhaltung und der Erfüllung des Pflichtenhefts. Diese Aufgaben sind zentral.

Beschluss

Ziff.4 des interfraktionellen Postulats wird mit 43 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen überwiesen.

Ziff.5: Den Erlass eines neuen Entsorgungskonzepts, welches von der Idee „jedem Quartier einen Entsorgungshof“ Abschied nimmt. Da Kühlschränke, alte Möbel, Teppiche etc. ohnehin mit dem PW angeliefert werden, genügen max. 2 mit dem Auto gut erreichbare Höfe vollends (Einsparung von Infrastruktur und Personalkosten).

Urs Jaberg (FDP): Dieses Anliegen ist in der Verwaltung nachweisbar, da bereits das Xte Konzept erarbeitet wird. Weshalb nicht gleichzeitig das Postulat prüfen lassen? Warum soll nicht darüber nachgedacht werden, wie dieser Service public mit einem guten Entsorgungskonzept angeboten werden könnte – nicht zuletzt angesichts der vollen Kasse in der Rechnungsposition Entsorgung?

Walter Christen (SP) lehnt Ziff.5 im Namen der Fraktion SP/JUSO ab. Den Entsorgungshöfen kommt in der Abfallbewirtschaftung, die auf verschiedenen gesetzlichen Grundlagen (kantonales Gesetz über Abfälle, Gebührenreglement der Stadt Bern und Abfallleitbild des Kantons Bern) basiert, grosse Bedeutung zu. Eine echte Abfallbewirtschaftung basiert auf einer ökologisch orientierten Annahme und Behandlung der Abfälle. Kehrrichtbestandteile werden nicht als lästiger, wertloser Abfall, sondern als Rohstoff betrachtet, der zum Teil wieder zu neuen Produkten verarbeitet werden kann. Mit dem Angebot der Entsorgungshöfe wird ein ökologischer, ökonomischer Weg zur Verminderung von Abfällen durch eine bessere Verwertung und damit durch die Entlastung der Umwelt beschritten. Verändertes Verhalten und neue Lebensgewohnheiten wirken sich auch auf das Abfallverhalten aus. Nicht zuletzt deshalb müssen Entsorgungshöfe kundennahe sein. Die Nachfrage stieg stetig und Abfälle u.a. auch Chemikalien wie Gift, Gas, Öl, Farben usw. müssen fachgerecht entsorgt werden. Das Personal der Entsorgungshöfe muss die durch den Kanton angeordnete Aus- und Weiterbildung bestehen. Im Jahr 2001 wurden in den bestehenden Entsorgungshöfen 6 471 t entsorgt (1998 = 2 460t). Aus Umweltschutz- und andern Gründen sind flächendeckende Entsorgungsmöglichkeiten äusserst wichtig. Ein Abbau zielt in die falsche Richtung. Es braucht ein zeitgerechtes Abfallkonzept, das den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.

Erich Ryter (SVP) erinnert daran, dass der Entsorgungshof in der Lorraine aufgehoben worden sei und immer noch nicht ersetzt werden konnte. Der Entsorgungshof in Bümpliz bei der Post müsste aus Umweltschutzgründen eigentlich aufgehoben werden. Die Fraktion SVP/JSVP unterstützt diesen Postulatspunkt.

Michael Burri (GFL) entgegnet Walter Christen, hier gehe es nur um einen Teil des Kehrrichts, denn der Hauskehricht werde weiterhin zwei Mal pro Woche abgeholt. Auch mehrere Sammelstellen für Altglas, Kleider usw. pro Quartier sollen bestehen bleiben. Alte Möbel, Fernsehapparate usw. werden kaum per Velo oder zu Fuss zu den Entsorgungshöfen gebracht. Unseres Erachtens reichen max. 4 Entsorgungshöfe auf dem Stadtgebiet aus. Michael Burri setzt sich jedoch für längere Öffnungszeiten – vor allem in Randzeiten und am Wochenende ein.

Peter Blaser (SP) möchte, dass auf dem Stadtgebiet möglichst wenig Auto gefahren wird. Dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, d.h. die Entsorgungshöfe sollten auch mit einem Veloanhänger erreichbar sein. Er kann die Haltung von GFL zu

den Entsorgungshöfen nicht verstehen. Es braucht kleinere und grössere Entsorgungshöfe. Er bittet, am bestehenden Konzept festzuhalten und diesen Postulatspunkt abzulehnen.

Urs Jaberg (FDP) entgegnet *Walter Christen*, die anfallende Abfallmenge sei direkt proportional zur Anzahl Entsorgungshöfe. *Urs Jaberg* hat während eines Nachmittags auf einem Entsorgungshof festgestellt, dass 90% der Entsorger mit dem Auto anlieferten. Er bittet *Walter Christen*, den Standort *Egelsee* unter dem Aspekt des Umweltschutzes zu beurteilen = Entsorgungshof an einer der besten Lagen in der Stadt *Bern*. *Urs Jaberg* geht davon aus, dass das neue Konzept nicht mehr 15 Entsorgungshöfe enthalten wird. Er empfiehlt *Walter Christen*, sich an einem Sonntag Abend den Dreck und die vor dem Entsorgungshof *Egelsee* abgelagerten Sachen anzusehen.

Walter Christen (SP) hat die verschiedenen Entsorgungshöfe mehrmals aufgesucht. Er meint, es sei immer noch besser, wenn Sachen vor den Entsorgungshöfen abgestellt würden als in den Wäldern. Wenn es nicht genügend Entsorgungshöfe gibt, werden Gifte und Ölresten in die WCs gegossen. Längere Öffnungszeiten an Samstagen gibt es bereits.

Beschluss

Ziff. 5 des interfraktionellen Postulats wird mit 34 : 33 Stimmen überwiesen.

Ziff.6: Übertragung der Bereiche „Stadtmarketing“ des Wirtschaftsamts an Bern Tourismus und an die kantonale Wirtschaftsförderung.

Hans-Ulrich Suter (FDP): Der Gemeinderat begründet die Ablehnung dieses Punktes mit dem Argument, das Wirtschaftsamt solle im Rahmen der Haushaltverbesserungsmassnahmen regionalisiert werden und dadurch sei eine Übertragung an *Bern Tourismus* hinfällig. Die Regionalisierung erachten wir grundsätzlich als richtigen Schritt in die richtige Richtung. Die Aussage, *Bern Tourismus* sei aufgrund der vorgesehenen Reduktion des städtischen Beitrags nicht in der Lage, neue Aufgaben ohne zusätzliche Mittel für die Stadt wahrzunehmen, ist ein Affront, denn *Bern Tourismus* betreibt schon heute Stadtmarketing und ein neuer Leistungsvertrag mit *Bern Tourismus* ab 2003 ist noch gar nicht unter Dach und Fach. Die Kürzung des jährlichen städtischen Beitrags dürfte aufgrund der dringlichen Interpellation der parlamentarischen Gruppe für *Tourismus* im Rat noch zu reden geben. Der Rat möge dem 6. Postulatspunkt zustimmen.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) setzt sich im Namen der Fraktion SVP/JSVP für Ziff.6 ein. Dieses Anliegen ist sinnvoll. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, das Wirtschaftsamt betreibe kein Stadtmarketing im engeren Sinn. Diese Aussage ist einerseits falsch und andererseits bedenklich. Wenn diese Aussage stimmte, wäre es blitzartig notwendig, dass sich jemand dieses Themas annimmt und das Stadtmarketing entsprechend puscht. Es ist wichtig, nicht nur Wirtschaftsförderung im engeren Sinn zu betreiben, sondern die Leistungen der Stadt *Bern* und ihrer Betriebe und Unternehmungen auch im Sinne eines Stadtmarketing entsprechend publik zu machen. Im Kanton *Schwyz* führt z.B. die Gemeinde *Freienbach* ein Stadtmarketing in der Form durch, dass im Rahmen des Stadtmarketing publiziert und ausgewertet wird, wenn eine Firma aus ihrer Gemeinde eine Leistung erbringt, die bekannt gemacht werden sollte. Es wäre schön, wenn dank solcher Kleinigkeiten auch der Standort *Bern* besser vermarktet und neue Steuerzahlende und neue Unternehmen nach *Bern* geholt werden könnten. *Hans Ulrich Gränicher* ist deshalb enttäuscht, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, diesen Postulatspunkt zu prüfen. Im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung mit

Bern Tourismus könnte dieses Thema aufgenommen werden. Hans Ulrich Gränicher ist überzeugt, dass mit wenig Mitteln eine Superleistung erbracht werden könnte. Im Rahmen einer Postulatsantwort könnte der Gemeinderat auch Auskunft über die Ergebnisse der Regionalisierung des Wirtschaftsamt geben. Der Rat möge dieses Postulat deshalb überweisen.

Natalie Imboden (GB) stellt fest, dass die Fraktion GB/JA!/GPB schon vor langem die Übertragung von Aufgaben im Bereich Wirtschaftsförderung an den Kanton befürwortet habe. In der Diskussion zum Verwaltungsbericht haben wir uns beim Gemeinderat erkundigt, wie die Regionalisierung des Wirtschaftsamts vorankomme. Es wurde geantwortet, diese Regionalisierung verzögere sich, weil die für die Regionalisierung zu leistenden Aufgaben im Jahr 2001 nicht geleistet werden konnten. Im Verwaltungsbericht steht unter Wirtschaftsstandort Bern z.B. die Teilnahme an Messen und die Olympiakandidatur. Warum ist es nicht möglich, diese Regionalisierung voranzutreiben, wenn dieser Olympiakandidatur ein so hohes Gewicht beigemessen wird? Unsere Fraktion unterstützt diesen Postulatspunkt im Sinne der Kantonalisierung der gesamten Wirtschaftsförderung. Von einer Übertragung der Aufgaben an Bern Tourismus halten wir jedoch nichts.

Stephan Hügli (FDP) findet es bedenklich, dass der Gemeinderat nicht zu wissen scheine, was Stadtmarketing sei und keine Standortpromotion betreibe. Was versteht der Gemeinderat unter Stadtmarketing im engeren Sinn und unter Standortpromotion? Wo sieht er Unterschiede?

Beschluss

Ziff. 6 des interfraktionellen Postulats wird mit 38 : 26 Stimmen überwiesen.

Ziff.7: Ein Outsourcing der EDV, wie es Grossbetriebe in der Privatwirtschaft bereits mit Erfolg praktizieren.

Stephan Hügli (FDP) erinnert an die ausgiebige Diskussion zum Thema SAP. Es geht darum wieviel die Stadt von der von ihr erbrachten und benötigten Informatik selber beschaffen, generieren, verwalten, projektieren etc. soll. Grosse und sehr grosse Unternehmen, für welche die Informatik strategische Bedeutung hat, können die ganze Informatik problemlos bis auf ganz wenige übergeordnete Steuerungsfunktionen auslagern. Auch die Stadt Bern hat einen Grossteil der Informatik bereits heute ausgelagert: Sie kauft die ganze Hardware auf dem freien Markt ein – sei es direkt oder im Rahmen von Projekten und baut nicht jeden Computer selber zusammen. Dasselbe gilt für die Software. Noch vor 20 Jahren programmierte die Stadt Bern vieles selber. Heute wird alles eingekauft. Es geht deshalb um eine Frage des Masses und nicht um eine Frage ob ja oder nein. In der 1994 vom Gemeinderat bei der Price Waterhouse Consulting AG in Auftrag gegebenen Studie steht, dass durchaus „ein teilweises Outsourcing ins Auge gefasst werden soll.“ Wir verlangen nur, dass überprüft wird, ob alle Aufgaben am richtigen Ort wahrgenommen werden. Unbestritten ist, dass es irgendwo einen sog. Chief Information Officer mit einer gewissen Anzahl von Leuten braucht, der das Ganze steuert, kontrolliert, die Interessen der Stadt wahrnimmt und mithilft, die Informatik sinnvoll umzusetzen. Auf lange Sicht können so Kosten gespart werden und die outgesourceten Leute erhalten wesentlich bessere Zukunftsmöglichkeiten, verdienen besser und es gefällt ihnen besser.

Michael Jordi (GB) lehnt Ziff.7 im Namen der Fraktion GB/JA!/GPB ab. Es stimmt, dass sich die Stadt mit dem Einkauf der Hardware bei einem einzigen Lieferanten in eine gewisse Ab-

hängigkeit begibt. Durch das Outsourcen von Betrieb und Unterhalt der EDV vergrösserte sich diese Abhängigkeit noch. Dies kann sich ein Gemeinwesen in der Grösse der Stadt Bern nicht leisten, denn eine Umstellung auf ein anderes System funktioniert in einer Verwaltung nicht wie auf dem freien Markt. Michael Jordi ist überzeugt, dass die Abhängigkeit von Gemeinwesen, die in letzter Zeit einen solchen Schritt unternommen haben, sehr schnell missbraucht wird durch ein Preisdiktat eines Unternehmers. Die Informatikabteilung der Stadt Bern besitzt ein grosses Know-how, das nicht in fremde Hände gegeben werden sollte.

Ruth Rauch (SP) entgegnet Stephan Hügli, es gehe nicht nur um eine Frage des Masses. Sie glaubt, es gehe ihm nur um ein Outsourcing als Selbstzweck. Outsourcing heisst nicht gleich Einsparungen. Die Informatikdienste der Stadt arbeiten relativ kostengünstig und verfügen über ein grosses Know-how, das dem hoch komplexen EDV-System der Stadt entsprechend aufgebaut worden ist. Es ist blauäugig zu meinen, mit einem Outsourcing der EDV könnte die Stadt sparen, denn die Preise der Informatiker sind extrem hoch.

Auch *Michael Burri* (GFL) lehnt diesen Postulatspunkt im Namen der Fraktion GFL/EVP ab. Die Informatikabteilung der Stadt Bern arbeitet sehr gut. Eine eigene Informatikabteilung lohnt sich in einer Verwaltung mit mehreren tausend Angestellten allemal. Es wäre völlig sinnlos, die EDV der Stadtverwaltung auszulagern. Dazu kommt, dass beizuziehende private Unternehmen, die wöchentlich zugezogen werden müssen, sehr teuer sind. Was passiert, wenn einer der Lieferanten in Konkurs geht? Auch riesige Unternehmen mussten ihre Bilanz deponieren. Tritt dieser Fall ein, müssen für sehr teures Geld Leute beigezogen werden, um den Schaden zu beheben. Es ist sehr wichtig, dass das Know-how intern gelagert wird.

Beat Schori (SVP) erinnert daran, dass EDV kaum gekauft schon veraltet sei. Die Konkurrenz auf diesem Markt ist so gross, dass keine Abhängigkeit zu befürchten ist. Mit diesem Postulat fordern wir Auskunft darüber, ob mit einem Outsourcing Kosten gespart werden könnten oder nicht. Auch wenn der Gemeinderat beweisen kann, dass ein Outsourcing teurer zu stehen kommt, wird ein Konzept vorliegen, d.h. mit einer Überweisung dieses Punktes gewinnt der Rat auf jeden Fall. Der Rat könne diesem Punkt bedenkenlos zustimmen.

Stephan Hügli (FDP) entgegnet Michael Burri, SAP sei keine Outsourcing-Firma, sondern ein Hersteller von Software, von dem die Stadt ohnehin abhängig sei. Für die Einführung der Informatik-Lösung SAP R/3 sind rund 3 Mio Franken bezahlt worden. Wenn die Stadt bereits alles wüsste, hätte sie die 3 Mio Franken einsparen können.

Direktorin FPI *Therese Frösch* erinnert an die GPK/FIKO-Sitzung, an der über Benchmarking informiert worden sei. Urs Jaberg bittet sie, sich zu den Entsorgungshöfen beim Direktor PVT zu erkundigen.

Beschluss

Ziff.7 des interfraktionellen Postulats wird mit 40 : 24 Stimmen abgelehnt.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Ratspräsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Der 1. Vizepräsident: *Beat Schori*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*